

## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

19. Wahlperiode

## **AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

Lö/HaFA (Land/Stadt)

25. (Sonder-)Sitzung (Land)

27. (Sonder-)Sitzung (Stadt)

24.02.17

### **Haushalts- und Finanzausschuss**

#### **(Land)**

25. (Sonder-)Sitzung

27. (Sonder-)Sitzung

am 24. Februar 2017

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Frau Aulepp (SPD)

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)

Abg. Frau Dehne (SPD)

Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender

Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)

Abg. Herr Hinnens (CDU)

Abg. Herr Leidreiter (Gruppe Liberal-Konservative Reformer)

Abg. Herr Liess (SPD), Vorsitzender

Abg. Herr Schmidt (SPD)

Abg. Frau Steiner (FDP)

Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Staatsrat Strehl )

Herr Schneider )

Herr Fehren )

Herr Meyer )

Frau Dr. Hellmeyer )

Frau Beeskow )

von der Senatorin für Finanzen

Frau Holsten	von der Senatskanzlei
Herr Rutkis-Fischer	Mitarbeiter der Fraktion der SPD
Frau Mußmann	Mitarbeiterin der Fraktion der CDU
Herr Dr. Restat	Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE
Herr Löffler	von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die (Sonder-)Sitzung um 14.35 Uhr.

## Öffentlicher Teil

### III. Initiativen des Senats

#### 1. Abrechnung der Produktplanhaushalte 2016 - Vorlage 19/314 L und 19/342 S -

**Abg. Frau Steiner** möchte unter Bezugnahme auf die Anlage 2 der Senatsvorlage zur Auflösung der globalen Minderausgaben wissen, was unter „Schwerpunktmittel für Qualitätsentwicklung“ zu verstehen sei und warum diese Mittel bislang nicht abgerufen worden seien.

**Herr Schneider** antwortet, in der Sache gehe es bei diesen Mitteln um die Inklusion bei den Kindertagesstätten. Diese Mittel seien für weitere Modelprojekte vorgesehen. Da jedoch die bereits begonnenen Projekte noch nicht beendet und ausgewertet wurden, sei es bislang noch nicht zu einem Abruf dieser Mittel gekommen. Er gehe jedoch davon aus, dass ein Mittelabruf nunmehr im Jahr 2017 erfolge.

Auf weitere Nachfrage der Abg. Frau Steiner zu Haushaltsresten erklärt **Herr Fehren**, bei den in der Anlage 1 zur Senatsvorlage dargestellten Gesamtresten von ca. 15 Millionen € handele es sich um den neuen Gesamtretebetrag für das Haushaltsjahr 2016. Der ebenfalls in der Vorlage angegebene Restebetrug von 7,8 Millionen € sei der des Vorjahres, also des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2015.

**Abg. Herr Eckhoff** fragt unter Bezugnahme auf den drittletzten Absatz auf Seite 6 der Senatsvorlage, wann der Senat eine Entscheidung über die Ausgestaltung des Verfahrens zur Liquiditätssteuerung 2017 treffen werde.

**Herr Schneider** antwortet, eine entsprechende Abstimmung im Senat erfolge innerhalb der nächsten Wochen. Die dort getroffene Entscheidung werde dann selbstverständlich auch den Haushalts- und Finanzausschüssen mitgeteilt.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und

der Gruppe Liberal-Konservative Reformer der gem. Anlage 1 zur Vorlage Abrechnung der Produktplahaushalte 2016 für die Sitzung des Senats am 21.02.2017 vorgeschlagenen Resteübertragung, der Bildung von und Entnahme aus Rücklagen sowie der Bildung bzw. dem Ausgleich von Verlustvorträgen zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer zu, dass die aufgrund noch ausstehender Planungsunterlagen noch gesperrten investiven Minderausgaben der Rücklage zugeführt werden und im Haushaltsjahr 2017 wieder (gesperrt) bereitgestellt werden:

- 158,1 Tsd. € zur Einrichtung des Brandschutzes Theater Bremen (PPL 22);
- 5.150,65 Tsd. € für die Sanierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums (PPL 24);
- 659,0 Tsd. € für Basis Bildung und 1.650,0 Tsd. € für Basis Polizei.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer zu, dass zur haushaltstechnischen Umsetzung ihrer Beschlüsse vom 04.11.2016 und 15.12.2016 im Zusammenhang mit dem 3. Sofortprogramm und dem Integrationsbudget 84,6 Tsd. € auf Haushaltsstelle 0995.97110-0 und 491,4 Tsd. € auf Haushaltsstelle 3995.97110-0 als Ausgabereste im Produktplan 93 übertragen werden.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer zu, dass die im Rahmen der Abrechnung festgestellten Minderausgaben bei den nicht übertragbaren Personalausgaben in den Produktplan 92 gemäß seines Beschlusses vom 01.11.2016 in Höhe von 14.680,3 Tsd. € auf die Haushaltsstellen 0990.46103-1 und 3990.46103-0 als Ausgabereste übertragen werden.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) sehen ihre Berichtsbitte lfd. Nr. 85 der Auftragsliste als erledigt an.

(Ende des öffentlichen Teils um 14.40 Uhr)

gez. Jens Eckhoff  
Ausschussvorsitzender